

PARLAMENT DER DG
Parlamentspräsidentin
Patricia Creutz-Vilvoye
Platz des Parlaments 1
4700 Eupen

Eupen, den 25.09.2025

RESOLUTIONSVORSCHLAG

RESOLUTIONSVORSCHLAG AN DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT ZUR STRATEGISCHEN NEUAUSRICHTUNG DES DIENSTES MIT GETRENNTER GESCHÄFTSFÜHRUNG „GEMEINSCHAFTSZENTREN“

BEGRÜNDUNG

Das Gemeinschaftszentrum Worriken in Bütgenbach zählt zweifelsohne zu den bekanntesten Einrichtungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft – und gleichzeitig zu ihren kostenintensivsten. Während der öffentliche Auftritt durch sportliche Vielfalt, Gastfreundschaft und Naturverbundenheit glänzt, zeigt sich bei genauerem Blick eine ernüchternde wirtschaftliche Realität: Worriken hat in keinem einzigen Jahr zwischen 2014 und 2023 ein positives Betriebsergebnis erzielt. Im Gegenteil: Die Defizite summieren sich auf über 5,9 Millionen Euro – ohne Berücksichtigung von Infrastruktur- oder Sanierungskosten. Jährlich waren hohe DG-Zuschüsse erforderlich, um den Betrieb überhaupt aufrechterhalten zu können.¹

Diese strukturelle Unterfinanzierung ist umso gravierender, als der Betrieb ursprünglich mit dem Anspruch angetreten war, sich langfristig selbst zu tragen – etwa durch Einnahmen aus Übernachtungen, Sportveranstaltungen und Gastronomie. Stattdessen wuchs der Zuschussbedarf Jahr für Jahr, während das Ziel der Wirtschaftlichkeit zunehmend in weite Ferne rückte. Ein Heizölverbrauch von jährlich rund 400.000 Litern – allein dies verursacht Energiekosten in sechsstelliger Höhe. Diese enorme Betriebslast macht die angestrebte Wirtschaftlichkeit umso fraglicher. In der regionalen Presse war wiederholt von „chronischen Finanzproblemen“ und anhaltende Defizite, sowie zähen Betreiberdiskussionen die Rede.^{2,3}

Die finanzielle Schieflage ist dabei kein temporäres Problem, sondern Ausdruck eines strukturellen Defizits: Die Regierung der DG fungiert als Betreiberin eines komplexen Hotel-,

¹ Haushaltsdokumente PDG, Allgemeine Rechtfertigungserklärung der Legislatoren 2015-2016 bis 2024-2025, Kapitel DgG Gemeinschaftszentren.

² <https://brf.be/regional/1739903/>.

³ <https://www.grenzecho.net/62354/artikel/2021-09-21/dg-investiert-50-millionen-euro-worriken>.

Sport- und Freizeitzentrums – ohne betriebswirtschaftliche Führungskennntnisse, ohne marktorientierte Steuerung und ohne das Know-how, das private Anbieter in diesem Sektor mitbringen.

Diese Fehlentwicklung wiegt umso schwerer, wenn man die historische Rolle Worriken betrachtet. Das Zentrum wurde in den späten 1960er Jahren vom belgischen Staat – konkret von der Sportagentur ADEPS der französischen Gemeinschaft – als nationales Trainingszentrum geplant. Ziel war es, schulische Sportangebote, Jugendfreizeiten und Vereinssport im strukturschwachen Ostbelgien zu fördern und eine Anlaufstelle für Sportvereine und Schulklassen aus ganz Belgien zu werden. Der Bau begann 1968, in den 1970er Jahren folgten sukzessive Erweiterungen: Turnhallen, Tennisplätze, Segelanlagen und Gästehäuser. Die Wallonische Gemeinschaft betrieb das Zentrum über mehr als drei Jahrzehnte, bevor es am 10. November 1999 für 82 Millionen Belgische Franken (2 Millionen Euro) offiziell in das Eigentum der Deutschsprachigen Gemeinschaft übergang.^{4,5}

Diese Ursprungsphilosophie – staatlich getragene Sport- und Bildungsförderung – wich im Laufe der Jahre einer kommerzialisierenden Neuausrichtung: Heute stehen Ferienchalets, Gastronomie, Konferenzen und Tourismusmarketing im Vordergrund. Es ist jedoch zweifelhaft, ob eine öffentliche Behörde wie die DG in einem wettbewerbsintensiven Sektor wie der Freizeitwirtschaft dauerhaft bestehen kann.

Diese Zweifel erhärten sich beim Blick auf die weiteren Entwicklungen: Mit dem Großprojekt „Worriken 4.0“ plant die Regierung bis 2030 Investitionen in Höhe von 50 bis 70 Millionen Euro, um das Zentrum baulich, energetisch und funktional zu erneuern.⁶ Der Plan ist ambitioniert – das Ziel, anschließend schwarze Zahlen zu schreiben, jedoch wenig realistisch. Ministerpräsident Paasch selbst hat eingeräumt, dass bei Nicht-Sanierung Worriken eine Schließung droht – ein Bekenntnis zur Uneinbringlichkeit des Projekts.⁷ Doch muss dies eine Sanierung auf Kosten der Steuerzahler sein? Konsequenter wäre, unverzüglich Investoren bzw. externe Betreiber einzubinden.

Es gibt weltweit zahlreiche Best-Practice-Beispiele für erfolgreiche Betreiber- und Investorenlösungen im Bereich öffentlicher Sport- und Freizeitinfrastruktur; eine vollständige Auflistung würde an dieser Stelle den Rahmen sprengen.

Doch nicht nur Worriken, auch die meisten anderen Einrichtungen schreiben dauerhaft rote Zahlen – zu Lasten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Besonders das Kloster Heidberg weist über Jahre hinweg massive Verluste auf. Zwischen 2015 und 2022 summierten sich die Fehlbeträge auf über 2,2 Millionen Euro. Die Vivant-Fraktion sprach in diesem Zusammenhang von einem „Millionengrab“.⁸ Solche Zuschüsse sind in einem wirtschaftlich

⁴ https://ostbelgienlive.be/portaldata/2/resources/downloads/good_practice_240214_druckdatei_.pdf.

⁵ <https://archiv.grenzecho.net/epaper-seite/grenzecho-vom-07-07-1999-seite-3/?download=true>.

⁶ <https://brf.be/regional/1528837/>.

⁷ <https://www.grenzecho.net/112989/artikel/2024-10-08/paasch-entweder-worriken-wird-saniert-oder-wir-schliessen>.

⁸ <https://ostbelgiendirekt.be/kloster-heidberg-millionengrab-232297>.



angespannten Kontext wie jenem der DG nicht länger vertretbar. Ein strukturelles Problem liegt auf der Hand: Die Deutschsprachige Gemeinschaft betreibt touristisch orientierte Einrichtungen, ohne über die nötige wirtschaftliche Kompetenz oder betriebliche Flexibilität zu verfügen.

Sehen wir uns an dieser Stelle die Zahlen der letzten neun Jahre etwas genauer an.

Die Gemeinschaftszentren der Deutschsprachigen Gemeinschaft – darunter etwa Worriken, das Kloster Heidberg oder das ViDo (ehemals KUZ) – sind regelmäßig auf substanzielle öffentliche Zuschüsse angewiesen. Jahr für Jahr müssen Verluste durch Steuergelder ausgeglichen werden, teilweise im sechs- bis siebenstelligen Bereich. Die nachfolgende Übersicht zeigt die Betriebsergebnisse der Jahre 2014 bis 2023 – einmal ohne, einmal mit Berücksichtigung der Infrastrukturausgaben.⁹

Jahresergebnisse der Gemeinschaftszentren der DG von 2014–2023

WORRIKEN (ohne Infrastrukturausgaben)

- 2014: + 7.483,22 €
 - 2015: –267.510,54 €
 - 2016: –100.046,27 €
 - 2017: –153.531,13 €
 - 2018: –284.391,61 €
 - 2019: –18.953,00 €
 - 2020: –992.966,00 €
 - 2021: –1.219.386,00 €
 - 2022: –1.102.405,00 €
 - 2023: –1.857.862,00 €
- Total: –5.989.568,33 €**

WORRIKEN (mit Infrastrukturausgaben)

- 2014: –311.646,03 €
- 2015: –197.150,18 €
- 2016: +437.680,38 €
- 2017: –624.587,81 €
- 2018: –502.515,65 €
- 2019: –413.519,00 €
- 2020: –1.272.552,00 €

⁹ Haushaltsdokumente des PDG, Allgemeine Rechtfertigungserklärung der Legislaturen 2015-2016 bis 2024-2025, Kapitel DgG Gemeinschaftszentren.

- 2021: -1.219.386,00 €
- 2022: -1.436.445,00 €
- 2023: -2.052.010,00 €
- Total: -7.592.131,29 €**

KLOSTER HEIDBERG (ohne Infrastrukturausgaben)

- 2014: +49.982,55 €
- 2015: -372.577,84 €
- 2016: -231.238,21 €
- 2017: -176.147,86 €
- 2018: -255.494,43 €
- 2019: -178.205,00 €
- 2020: -313.446,00 €
- 2021: -281.657,00 €
- 2022: -116.338,00 €
- 2023: -212.923,00 €
- Total: -2.088.044,79 €**

KLOSTER HEIDBERG (mit Infrastrukturausgaben)

- 2014: -3.970.157,62 €
- 2015: -577.119,46 €
- 2016: -313.223,62 €
- 2017: -177.710,88 €
- 2018: -233.507,09 €
- 2019: -180.910,00 €
- 2020: -327.584,00 €
- 2021: -281.657,00 €
- 2022: -120.319,00 €
- 2023: -212.923,00 €
- Total: -6.395.111,67 €**

ALLGEMEIN (Verwaltungskosten, ohne Infrastrukturausgaben)

- 2014: -
- 2015: -
- 2016: -
- 2017: +0,00 €
- 2018: -16.917,41 €
- 2019: -19.980,00 €
- 2020: -12.927,00 €
- 2021: -274.885,00 €
- 2022: -168.937,00 €

- 2023: -1.396.565,00 €
- Total: -1.890.211,41 €**

ALLGEMEIN (mit Infrastrukturausgaben)

- 2014: -
 - 2015: -
 - 2016: -
 - 2017: +300.000,00 €
 - 2018: +350.614,42 €
 - 2019: +280.020,00 €
 - 2020: +281.115,00 €
 - 2021: -274.885,00 €
 - 2022: -579.913,00 €
 - 2023: -1.807.701,00 €
- Total: -1.450.749,58 €**

BESUCHERZENTRUM EUPEN (ohne Infrastrukturausgaben)

- 2014: +7.568,85 €
 - 2015: +7.226,05 €
 - 2016: -6.127,45 €
 - 2017: -15.153,51 €
 - 2018: +37.339,33 €
 - 2019: +10.083,00 €
 - 2020: -5.971,00 €
 - 2021: +8.178,00 €
 - 2022: +3.613,00 €
 - 2023: +8.124,00 €
- Total: +54.880,27 €**

BESUCHERZENTRUM EUPEN (mit Infrastrukturausgaben)

- 2014: -8.906,38 €
 - 2015: +5.810,35 €
 - 2016: -384.621,70 €
 - 2017: -29.841,48 €
 - 2018: +37.339,33 €
 - 2019: +6.578,00 €
 - 2020: -5.971,00 €
 - 2021: +8.178,00 €
 - 2022: +3.613,00 €
 - 2023: -56.876,00 €
- Total: -424.697,88 €**

ViDo (KUZ Burg-Reuland, ohne Infrastrukturausgaben)

- 2014: +4.974,34 €
- 2015: +20.993,75 €
- 2016: -10.936,38 €
- 2017: +12.680,60 €
- 2018: -53.510,27 €
- 2019: -20.706,00 €
- 2020: -132.737,00 €
- 2021: -112.925,00 €
- 2022: -76.105,00 €
- 2023: -117.406,00 €
- Total: -485.676,96 €**

ViDo (KUZ Burg-Reuland, mit Infrastrukturausgaben)

- 2014: -53.788,39 €
- 2015: +16.808,59 €
- 2016: -74.692,70 €
- 2017: +2.593,18 €
- 2018: -55.446,05 €
- 2019: -23.107,00 €
- 2020: -148.267,00 €
- 2021: -112.925,00 €
- 2022: -86.648,00 €
- 2023: -120.940,00 €
- Total: -656.412,37 €**

HAUS TERNELL (ohne Infrastrukturausgaben)

- 2014: +19.906,00 €
- 2015: -9.204,58 €
- 2016: +40.000,00 €
- 2017: +28.838,78 €
- 2018: +19.904,75 €
- 2019: -5.945,00 €
- 2020: +0,00 €
- 2021: -107,00 €
- 2022: -72.533,00 €
- 2023: -42.895,00 €
- Total: -16.489,05 €**

HAUS TERNELL (mit Infrastrukturausgaben)

- 2014: +19.906,00 €
 - 2015: +19.875,00 €
 - 2016: +40.000,00 €
 - 2017: +28.838,78 €
 - 2018: -44.483,39 €
 - 2019: -399,00 €
 - 2020: +0,00 €
 - 2021: -107,00 €
 - 2022: -72.533,00 €
 - 2023: -42.895,00 €
- Total: -57.343,61 €**

GESAMTERGEBNISSE ALLER GEMEINSCHAFTSZENTREN (2014–2023)

Ohne Infrastrukturkosten: **-10.415.110,27 €**

Mit Infrastrukturkosten: **-16.576.446,40 €**

Diese Zahlen sprechen eine deutliche Sprache. Selbst der Rechnungshof der DG kritisierte in einem Prüfbericht (2021) offen die „unzureichende Finanzkontrolle und Mittelverwendung“ in diesen Einrichtungen. Es mangle an klaren Richtlinien für die Budgetführung. Auch die schlechte Auffindbarkeit offizieller Informationen über die Zentren auf den Webseiten der DG wurde beanstandet.

Die bisherigen Maßnahmen der Regierung reichen offenkundig nicht aus, um eine nachhaltige finanzielle Stabilität zu gewährleisten. Ein grundlegender Kurswechsel drängt sich auf.

Die Regierung betont regelmäßig, „alles sei auf dem Prüfstand“. Doch ausgerechnet der kostspielige Bereich der Gemeinschaftszentren bleibt von dieser Überprüfung weitgehend verschont. Statt struktureller Reformen hält man an hochsubventionierten Prestigeprojekten fest, die jährlich Millionen an Steuergeldern verschlingen – mit absehbarem wirtschaftlichem Misserfolg.

Dabei ist längst klar: Der Betrieb von Hotelanlagen, Sport- und Freizeitkomplexen gehört nicht zum Kerngeschäft einer Regierung. Die DG-Regierung ist kein Hotelier – und sie wird auch keiner werden. Die Erfahrung der letzten Jahrzehnte belegt: Der Versuch ist gescheitert.

Zwar wurde in den letzten Jahren vielfach in die Infrastruktur investiert, jedoch ohne nachhaltige Rentabilität. Die Gemeinwohlbegründung wird damit zunehmend zum

Feigenblatt für politische Projekte, deren dauerhafte Verluste letztlich die Bürgerinnen und Bürger tragen müssen.

In Zeiten explodierender Haushaltsbelastungen – mit einer Gesamtverschuldung der DG von über 1,35 Milliarden Euro und prognostizierten jährlichen Zinsausgaben von mehr als 44 Millionen Euro ab 2026 – ist es nicht mehr zu rechtfertigen, weiterhin Millionenbeträge in strukturell defizitäre Freizeitbetriebe zu stecken. Dieses Geld fehlt an anderer Stelle – etwa im Bildungsbereich, in der Seniorenpolitik, bei anderen sozialen Leistungen oder zur Schuldentilgung.

Wer ernsthaft konsolidieren will, muss den Mut zur strukturellen Neuausrichtung haben - auch bei symbolträchtigen Einrichtungen wie Worriken und dem Kloster Heidberg.

In der Regierungserklärung vom 15. September 2025, sagte Herr Paasch: „Für Investitionen in Gemeinschaftszentren wie Worriken oder das Kloster Heidberg und wertvolle Denkmäler wie die Emmaburg werden wir, überall dort, wo das möglich ist, gezielt mit privaten Investoren zusammen zu arbeiten versuchen.“¹⁰

Somit scheint zumindest inzwischen eine Öffnung für diese Thematik bei der Regierung vorhanden zu sein.

Der vorliegende Resolutionsvorschlag konkretisiert diesen Ansatz durch klare Fristen, Verfahren und Berichtspflichten.

M. BALTER



A. MERTES



E. PETERS



D. STIEL



¹⁰ Regierungserklärung vom 15. September 2025, ein zukunftsfähiges, resilientes und lebenswertes Ostbelgien.

RESOLUTIONSVORSCHLAG

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

in Anbetracht der Tatsache, dass

- das Freizeitzentrum Worriken über einen Zeitraum von zehn Jahren (2014–2023) jedes Jahr ein Defizit ausweist, das sich ohne Infrastrukturkosten auf rund 6 Millionen Euro, mit diesen sogar auf über 7,5 Millionen Euro summiert – trotz erheblicher öffentlicher Zuschüsse;
- auch andere Gemeinschaftszentren wie das Kloster Heidberg, das ViDo-Zentrum Reuland, Haus Ternell oder das Besucherzentrum Eupen strukturell defizitär arbeiten und damit dauerhaft den Haushalt belasten;
- sich die Gesamtverluste aller Gemeinschaftszentren der DG zwischen 2014 und 2023 auf über 10,4 Millionen Euro (ohne Infrastruktur) bzw. über 16,5 Millionen Euro (mit Infrastruktur) belaufen – mit jährlichem Zuschussbedarf im teils siebenstelligen Bereich;
- der Rechnungshof der DG in einem Prüfbericht (2021) erhebliche Mängel in der Haushaltsführung, Transparenz und Kontrolle dieser Einrichtungen festgestellt hat;
- der Betrieb von touristisch orientierten Freizeit-, Hotel- und Sportanlagen nicht zur staatlichen Grundversorgung gehört und in anderen Regionen häufig von Genossenschaften oder privaten Investoren mit höherer Effizienz geführt wird;
- die ursprünglich gemeinwohlorientierte Zielsetzung (Sportförderung, Jugendarbeit) zunehmend durch eine kommerzielle Ausrichtung ersetzt wurde – ohne tragfähiges wirtschaftliches Konzept;
- die Regierung der DG weder über die betriebswirtschaftliche Kompetenz noch über die organisatorische Flexibilität verfügt, um solche Einrichtungen professionell und wirtschaftlich zu führen;
- das Projekt „Worriken 4.0“ Investitionen von bis zu 70 Millionen Euro vorsieht – ohne belastbaren Nachweis, dass dadurch ein wirtschaftlicher Turnaround erreichbar wäre;
- die Haushaltslage der DG durch eine Gesamtverschuldung von über 1,35 Milliarden Euro und prognostizierte Zinsausgaben von mehr als 40-50 Millionen Euro jährlich ab 2026 bereits hochbelastet ist und keine zusätzlichen freiwilligen Defizitprojekte mehr verkraftet;

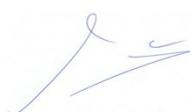
fordert die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft auf,

1. umgehend externe Betreiber, Investoren oder Trägerorganisationen zu identifizieren, die für eine Übernahme und wirtschaftlich tragfähige Fortführung der DG-Gemeinschaftszentren – insbesondere Worriken – in Frage kommen;
2. zu prüfen, ob eine Teilprivatisierung, Verpachtung oder vollständige Betreiberübergabe rechtlich, wirtschaftlich und organisatorisch möglich ist, mit dem Ziel, die öffentliche Haushaltsbelastung nachhaltig zu reduzieren;
3. dem Parlament binnen sechs Monaten einen konkreten Zeit- und Maßnahmenplan vorzulegen, wie die Abgabe der Betreiberverantwortung erfolgen kann – unter Berücksichtigung aller Zentren und gestaffelt nach Wirtschaftlichkeitskriterien;
4. für den Fall, dass keine tragfähige Partnerschaft mit privaten oder gemeinnützigen Akteuren zustande kommt, alternative Nutzungsformen zu prüfen – jedoch ausschließlich auf Grundlage wirtschaftlicher Tragfähigkeit und unter Vermeidung dauerhafter Zuschussbedarfe;
5. dass bis zum Abschluss einer strukturellen Neuausrichtung sämtliche freiwillige Investitionen in defizitäre Gemeinschaftszentren auszusetzen sind, mit Ausnahme von sicherheitsrelevanten Maßnahmen oder gesetzlich vorgeschriebenem Unterhalt;
6. dem Parlament regelmäßig über den Stand der Gespräche mit potenziellen Betreibern oder Investoren zu berichten – beginnend mit einer ersten Übersicht innerhalb der kommenden sechs Monate;
7. für alle weiteren Gemeinschaftszentren einen klaren Perspektivplan zu entwickeln, mit dem Ziel einer schrittweisen Entlastung des Haushalts durch marktnahe, effiziente und langfristig tragfähige Betriebsmodelle – bevorzugt im Rahmen von Investoren, Genossenschaften oder gemeinnützigen Trägern;

beauftragt die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

8. die vorliegenden Forderungen eingehend zu prüfen und ein umfassendes Konzept für eine wirtschaftlich tragfähige Neuausrichtung der Gemeinschaftszentren zu entwickeln, das schrittweise umgesetzt, an betriebswirtschaftliche Realitäten angepasst und dem Parlament zur Beratung und Entscheidung vorgelegt wird.

M. BALTER



A. MERTES



E. PETERS



D. STIEL

